

Joachim Bischoff



Die Herrschaft der Finanzmärkte

Politische Ökonomie der Schuldenkrise

Joachim Bischoff
Die Herrschaft der Finanzmärkte

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus. Er publiziert zu den Themen Kritik der politischen Ökonomie, Kapitalismustheorie, Krisenanalyse und Klassenverhältnisse.

Joachim Bischoff

Die Herrschaft der Finanzmärkte

Politische Ökonomie der Schuldenkrise

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-486-8

Inhalt

Einleitung:

Herrschaft der Finanzmärkte über die Realökonomie	7
--	---

Kapitel 1

Zur Politischen Ökonomie der Großen Krise	18
--	----

Verkettung von Krisen	20
-----------------------------	----

Kritik der politischen Ökonomie	26
---------------------------------------	----

Was heißt Akkumulation?	28
-------------------------------	----

Kredit und Krise	32
------------------------	----

Investitionsgetriebene Akkumulation	36
---	----

Politische Ökonomie der Vermögenspreise oder des fiktiven Kapitals ...	40
--	----

Hypotheken und umfassende Kreditblase	42
---	----

Theorie der vermögensgetriebenen Ökonomie	44
---	----

Zweifache Transformation	47
--------------------------------	----

Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise oder chronische Überakkumulation?	52
---	----

Überakkumulation seit dem Ende der 1990er Jahre	53
---	----

Vom Lohnsteuerstaat zum staatlichen Schuldenüberhang	64
--	----

Strukturen des Neoliberalismus	65
--------------------------------------	----

Scheitern des Neoliberalismus: weder Dynamisierung der Kapitalakkumulation noch Abbau sozialer Ungerechtigkeit	70
---	----

Umschlag in die Große Krise, die Systemkrise wird	73
---	----

Kapitel 2

Vom sozial regulierten Kapitalismus zur finanzdominierten Akkumulation	80
---	----

Finanzgetriebene Akkumulation	82
-------------------------------------	----

Gesellschaftskapital als sich selbst aufhebender Widerspruch	86
--	----

Kapitel 3

Hegemonie des Finanzmarktkapitalismus	92
--	----

Kapitel 4

Das neue Gesicht des Kapitalismus	104
Das griechische Paradoxon und die Eurozone	106
Beginn einer neuen Krisenphase?	110
Überwindung des Finanzmarktkapitalismus	113
... oder Ansteckung durch den griechischen Schuldenvirus?	116
Die Schuldenkrise unterminiert die hegemoniale Rolle der USA	123
Die kapitalistische Alternative heißt Schuldenökonomie	133
Soziale Folgen der Schuldenökonomie	138

Kapitel 5

Von der geplatzten Finanzblase zum Staatsbankrott?	142
Exit-Strategie zur Sanierung der öffentlichen Finanzen?	144
Auswirkungen der Niedrigzinspolitik	147
Hohe Liquidität bei sinkender Kreditwürdigkeit	151
Systemkrise und kein Ausweg	154
Schuldenkrise in Europa	164
Wie groß ist die Gefahr eines Staatsbankrotts?	166

Kapitel 6

Turbulenzen im Währungssystem	175
--	-----

Kapitel 7

Ende der Kapitalknappheit – neues Verhältnis zwischen notwendiger und Surplusarbeit. Wie eine Solidarische Ökonomie im 21. Jahrhundert aussehen kann	190
Eine entwickeltere Ökonomie ist möglich	191
Umbau der Ökonomie mit Hilfe des Kreditsystems	198
Demokratisierung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?	208
Kontrolle der Finanzwirtschaft	210
Die kapitalistische Unternehmung als demokratisierter Raum	211
Wirtschaftssteuerung	213
Verteilung oder soziales Eigentum	214
Alternativen zur Sozialisierung der Verluste	218
Literatur	222

Einleitung: Herrschaft der Finanzmärkte über die Realökonomie

Das internationale Finanzsystem und die Weltwirtschaft werden seit 2007 von einer schweren Krise beherrscht, die in wichtigen Aspekten mit der Weltwirtschaftskrise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts¹ vergleichbar ist. Vordergründig stand das Finanz- und Bankensystem am Abgrund, weil die in den Jahren zuvor aufgepumpte Kredit- und Vermögensblase wegen der massiven Überschuldung von etlichen Finanzinstituten, privaten und öffentlichen Haushalten platzte. Der Zusammenhang lässt sich leicht herstellen: Ein Teil dieser Kredit- und Vermögensbestände stellte sich im Laufe des Jahres 2007 als nicht mehr voll werthaltig heraus, weil zum einen die unterstellten Preissteigerungen bei den Anlagen nicht eintraten und zum anderen die Schuldner ihre Schuldentrag- sowie ihre Zahlungsfähigkeit überschritten hatten.

Mehrere Jahre nach dem Ausbruch der Immobilienkrise stellt sich die Lage der Weltwirtschaft trotz der zwischenzeitlichen Erholung noch immer als äußerst fragil dar.² Der Sachverständigenrat konstatierte zu Recht im Herbst 2011: »Die Weltwirtschaft befindet sich nunmehr in der dritten Phase einer jetzt schon vier Jahre währenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Ausgehend von der Immobilienkrise des Jahres 2007 in den Vereinigten Staaten, die mit einer stark gestiegenen Verschuldung der privaten Haushalte einherging, setzte sich eine Abwärtsspirale in Gang. Diese ging mit der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 in die zweite Phase über und bedrohte erst das Weltfinanzsystem und dann die Weltwirtschaft ernsthaft. Durch entschlossenes, gemeinsames Handeln

¹ Siehe dazu die grundlegende Darstellung von Kindleberger (1973/2010).

² Diese Langwierigkeit und Hartnäckigkeit der Krise nach dem Platzen einer Vermögensblase ist nicht ungewöhnlich, wie sich am Fall Japan zeigt, das seit 1989/90 an den Krisenfolgen der geplatzten Immobilienpreisblase laboriert. Gerade an der Entwicklung in Japan ist unübersehbar, dass eine systemische Krise des Wirtschafts- und Finanzsystems noch durch andere Krisen und Katastrophen überlagert wird. Die folgende Betrachtung wird auf die Krise der kapitalistischen Akkumulation fokussiert. Vgl. dazu auch Reinhart/Rogoff 2010.

der G20-Länder gelang es, eine Entwicklung ähnlich der »Großen Depression« der 1930er-Jahre abzuwenden (G-20 Gipfel, 2008). Die von den nationalen Regierungen der Industrie- und Schwellenländer ergriffenen Maßnahmen, wie die Stabilisierung der Banken und die Konjunkturprogramme, führten zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung. Dies hatte allerdings seinen Preis: Die staatliche Verschuldung in den Industrieländern weitete sich massiv aus, teilweise sogar auf ein Niveau jenseits der langfristigen Tragfähigkeit. Nunmehr dominiert im Jahr 2011 und wahrscheinlich noch im Jahr 2012 ein Teufelskreis aus Staatsschulden- und Bankenkrise die wirtschaftliche Entwicklung.« (Sachverständigenrat 2011: 26)

Mit der Insolvenz der systemrelevanten US-Bank Lehman Brothers im September 2008 rückte die Gefahr eines Zusammenbruchs des globalen Finanzsystems in greifbare Nähe. Der Konkurs der Bank war Folge und Beschleuniger eines massiven Wertverlustes von Krediten und Vermögensbeständen, keineswegs die Ursache. Lehman ging pleite, etliche andere Banken und Finanzinstitute wurden mit enormen finanziellen Rettungspaketen und faktischer Verstaatlichung vor einem vergleichbaren Schicksal bewahrt.

Im Herbst 2011 ist die Krise des internationalen Finanzsektors mit voller Wucht zurückgekehrt.³ Mervyn King, der Gouverneur der Bank of England (BoE), unterstreicht, dass wir uns in »der schlimmsten Finanzkrise seit 1930, vielleicht der schlimmsten Krise, die wir je hatten, befinden« (zit. nach Deutsche Mittelstands Nachrichten vom 8.10.2011). Es werde noch Jahre dauern, bis der Lebensstandard in Großbritannien wieder steigen werde. Und der ehemalige EZB-Präsident Trichet ergänzt: »Die EZB hat schon vor Ausbruch der Finanzkrise gewarnt, dass es sehr wahrscheinlich zu großen Korrekturen auf den Finanzmärkten kommen wird. Dass die Krise aber die gesamte Wirtschafts- und Finanzstrategie aller entwickelten Volkswirtschaften infrage stellen würde, war so sicher nicht zu erwarten.« (Trichet 2011)

Stand damals schon das internationale Finanzsystem auf der Kippe, ist die Lage drei Jahre später nach Einschätzung vieler Experten noch bedrohlicher als im Herbst 2008: Die gesamte Weltwirtschaft ist in Gefahr. Die drohende Kernschmelze des Finanzsystems ist mit der Gefahr eines erneuten Absturzes der Realökonomie verknüpft. Offenkundig müssen in der nächsten Zeit die gravierenden Solvenzprobleme von Banken gelöst werden, und es wird erneut auch um die Frage der umfassenden Verstaatlichung gehen. Aber die

³ »Die große Unsicherheit, die auf den Finanzmärkten seit Jahresmitte 2011 wieder herrscht, erinnert an die Situation nach der Insolvenz von Lehman Brothers und macht deutlich, wie fragil die Lage der Weltwirtschaft trotz der zwischenzeitlichen Erholung noch immer ist.« (Sachverständigenrat 2011: 26)

Verhinderung des Flächenbrandes im Finanzsektor kann nur der Auftakt zu Maßnahmen sein, die zur Lösung der Schuldenkrise und der Rekonstruktion des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses getroffen werden müssen. Dazu gehören eine Lockerung der Geldpolitik der EZB, eine Neuordnung des Währungssystems und eine Politik zur Stärkung und Umstrukturierung der gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesse. Dabei wachsen die Zweifel, ob eine systemimmanente Korrektur noch zu schaffen ist.

Kurzum: Seit Jahrzehnten sehen wir eine massive Expansion von Vermögensansprüchen, privaten wie öffentlichen Schulden im Verhältnis zur Realökonomie. Diese massive Expansion der Vermögenstitel trifft auf ein schlecht reguliertes Finanzsystem. Zugleich hat sich die der historischen Entwicklung des Kapitalismus unterliegende Herrschaftsstruktur von Finanzkapital und gesellschaftlicher Akkumulation verschoben. Die strikte Unterordnung des Finanz- und Bankensektors unter die Realökonomie existiert nicht mehr. Ein Rückblick zeigt: Die kapitalistische Produktion hatte zu Beginn ihrer historischen Entwicklung mit dem zinstragenden Kapital (in Gestalt des Wuchers) zu kämpfen. Ist die kapitalistische Produktion etabliert, hat die Herrschaft des Geldkapitals über die Surplusarbeit aufgehört. Denn nun eignet sich der industrielle Kapitalist den Großteil des Profits an und die jährliche Akkumulation wird von ihm bestimmt. Das Wachstum oder die Akkumulation des Geldkapitals und -vermögens bestimmt sich durch die von der industriellen Akkumulation geprägten Gesetze der politischen Ökonomie.

Bei den Krisendiagnosen in der Geschichte des Kapitalismus wird immer wieder ein Herzstück kapitalistischer Entwicklungsdynamik thematisiert: die Konkurrenz. Die Abstimmung von Produktion und Konsumtion vermittelt sich nach Marx innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse über den Markt, d.h. sie ist nicht vorab festgelegt. Es existiert also keine proportionierte Produktion, sondern es gibt beständig Abirrungen, Disproportionen, die sich als solche ausgleichen: so dass aber die beständige Bewegung der Ausgleichung selbst die beständige Disproportion voraussetzt. Die Konkurrenz reguliert beständig diese Verteilung, wie sie ebenso beständig sie aufhebt (vgl. MEW 26.2: 521) Alle Versuche, über die Aufhebung der Konkurrenz zu einer Erfassung der Dynamik der kapitalistischen Akkumulation zu gelangen, können als gescheitert gelten. Auch Rudolf Hilferding stützt sich in seiner Theorie über das Finanzkapital auf die These, dass ein wachsender Teil des Kapitals über Banken und Aktiengesellschaften zu einer Aufhebung der Dynamik der Märkte führt. Er nennt »das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital... Das Finanzkapital entwickelt sich mit

der Entwicklung der Aktiengesellschaft und erreicht seinen Höhepunkt mit der Monopolisierung der Industrie.« (Hilferding 1947: 305ff.) Die Finanzkapitalisten gewinnen durch Einschränkung der Konkurrenz immer stärker die Verfügung über das gesamte nationale Kapital.

Im Gegensatz dazu kann das Herrschaftsverhältnis des heutigen Finanzmarktkapitalismus nicht über die Aufhebung der Konkurrenz gefasst werden, weil damit selbst die Wertbewegung – und damit die Grundlage für die Erfassung der kapitalistischen Ökonomie – preisgegeben wird.⁴

In der Tat steht die industrielle Akkumulation seit gut zwei Jahrzehnten unter der Herrschaft der Finanzmärkte. Das Finanzvermögen wächst viel rascher als das Wirtschaftsprodukt: Wir sprechen von der finanzgetriebenen Akkumulation. Man kann deshalb die Welt nicht hinreichend verstehen, wenn man sich nicht intensiv mit den Finanzmärkten und ihrer Dynamik beschäftigt. Strittig ist allerdings seit Jahren, weshalb und in welchem Umfang sich das Herrschaftsverhältnis zwischen industrieller Akkumulation und Akkumulation von Geldkapital verkehrt hat.

Wir haben es angesichts dieses Umschlages von Machtstrukturen nicht nur mit einer Kontinuität in der Entwicklung des Kapitalismus zu tun. Zu Recht stellt der Theoretiker der Geldakkumulation, Otmar Issing, fest: »Die nationalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker miteinander verbunden, ›integriert‹ worden. Weil dies für die meisten Länder zutrifft, kann man tatsächlich von einer zunehmenden Globalisierung der Finanzmärkte sprechen. Ausdruck der finanziellen Globalisierung ist ein deutlicher Anstieg der grenzüberschreitenden Finanzströme weltweit. Angetrieben wurde diese gestiegene De-facto-Integration im Wesentlichen durch den kontinuierlichen Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen und die Liberalisierung der nationalen Finanzmärkte – also eine stärkere De-jure-Integration der Finanzsysteme – sowie durch Fortschritte in der Informationstechnologie und die wachsende Verbreitung von Finanzinnovationen.« (Issing 2005)

Diese finanzielle Globalisierung ist zuerst 2007 und dann erneut 2011 in einen tiefen Krisenprozess übergegangen. Issing erkennt die Herausforderung an: »Mit dem systemischen Risiko aus dem Zusammenbruch einzelner Institute macht die Finanzmarktkrise eine Dimension augenfällig, die über den Einbruch bei Wachstum und Arbeitslosigkeit hinausgeht. In der öffentlichen Erregung über Boni und milliardenschwere Rettungsmaßnahmen kommt mehr als Alltagsärger der Bürger zu Tage. Es geht um die Akzeptanz

⁴ Zum Stellenwert der Konkurrenz in der Darstellung der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft vgl. Bischoff/Otto u.a. 1993.

nicht nur freier Finanzmärkte, sondern der Marktwirtschaft schlechthin... Die Finanzmarktkrise rührt wie keine Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zuvor an die Grundlagen der Marktwirtschaft und einer freiheitlich orientierten Gesellschaft schlechthin. Allzu große Erwartungen richten sich jetzt an den Staat, der sich doch gerade in Deutschland – sagen wir einmal milde – nicht wirklich als der bessere Banker erwiesen hat.« (Issing 2011a)

Kurze Zeit nachdem der griechische Ministerpräsident Papandreou am 31.10.2011 im Parlament vor Abgeordneten seiner Partei für die Durchführung einer Volksabstimmung über das unter internationaler Beteiligung und Druck ausgehandelte Krisenpaket eingetreten war, erlebten wir »das Schauspiel einer Degeneration jener Werte und Überzeugungen, die einst in der Idee Europas verkörpert schienen«. (Schirmacher 2011) Zu Recht macht Schirmacher darauf aufmerksam, dass es mittlerweile in der Verarbeitung und Auseinandersetzung mit der Großen Krise längst um mehr geht als die Fragen und Grenzen ökonomischer und finanzökonomischer Vernunft.

In vielen demokratisch verfassten kapitalistisch strukturierten Gesellschaften zeichnet sich wie bereits im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts eine »große Transformation« (Polanyi) ab. Doch im 21. Jahrhundert hat die »große Transformation« ein anderes Gesicht: Sie stützt sich auf ein neues Regime des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und wird von einer »Entkollektivierungs- bzw. Reindividualisierungstendenz« (Castel 2011)⁵ beherrscht, die sich am ausgeprägtesten in neuen Formen der Arbeitsorganisation niederschlägt. *Vernetzte* Arbeitsorganisationen ersetzen oftmals das *Arbeitskollektiv*; Arbeit findet häufig in zeitweiligen Projekten statt. In diesem veränderten Regime und seiner aktuellen tiefen Krise bereitet sich auch bewusstseinsmäßig ein Umbruch vor: »Solche Prozesse laufen schleichend ab, sie tun ihr Werk im Halbbewussten, manchmal über Jahrzehnte, bis aus ihnen eine neue Ideologie entstanden ist. So war es immer in den Inkubationsphasen der großen autoritären Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts.« (Schirmacher 2011)

Ich sehe zudem, dass die Epoche der Großen Krise auch die Krise einer Rückkehr zum Vorurteil und rassistischen Ressentiments ist. »Es wird immer klarer, dass das, was Europa im Augenblick erlebt, keine Episode ist, sondern ein Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen. Schon hat das Politische massiv an Boden verlo-

⁵ Wir »sind bei einem neuen Regime des Kapitalismus angelangt, das es weniger zu benennen als vielmehr zu begreifen gilt, was seine Auswirkungen auf die Produktions- und Austauschbedingungen und auf die unter dem Industriekapitalismus durchgesetzten Regulationsformen betrifft.« (Castel 2011: 10; kritisch dazu: Klages 2011)

ren, was man daran erkennt, dass alle politischen Begriffe, die mit dem ge-einten Europa verbunden waren, im Wind zerstoben sind, wie Asche. Aber der Prozess beschleunigt sich... Die angebliche Rationalität finanzökono-mischer Prozesse hat dem atavistischen Unterbewussten zum Durchbruch verholfen. Dass man ganze Länder als faul und betrügerisch beschimpfen konnte, schien mit der Ära des Nationalismus untergegangen und vorbei. Jetzt ist dieses Gebaren wieder da, mit angeblichen ›Vernunftgründen‹ auf seiner Seite.« (ebd.)

Die Finanzmarktkrise erweist sich im engeren wie im weiteren Sinne also als Krise des Systems. Das verbreitete Unbehagen richtet sich nicht nur ge-gen die Spekulation und Zockerei, die offenkundige Leichtigkeit, mit frem-dem Geld reich werden zu können, und gegen die unzureichende staatliche Regulierung und Kontrolle, sondern sie schlägt um in eine tendenzielle Ab-lehnung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Notenbanker Issing steht für den Versuch einer Beseitigung der Fehl-entwicklungen und die Fortführung der Herrschaft der finanziellen Globali-sierung: »Den großen Krisen gingen meist sehr stark steigende Vermögens-preise verbunden mit einer hohen Verschuldung von Banken, Unternehmen und Verbrauchern voraus. Wenn dann die Blase platzt, kann es sehr lange dauern, bis eine solche Krise überwunden wird. Ein Grund, warum Deutsch-land aus der aktuellen Krise so gut herausgekommen ist, liegt darin, dass es hier solche Verwerfungen nicht gegeben hat. Wir hatten keinen Boom am Häusermarkt, und die deutschen Unternehmen und Verbraucher waren nicht übermäßig verschuldet. Hätten die deutschen Banken nicht fragwürdige ame-rikanische Papiere gekauft, wäre es hier noch glimpflicher verlaufen. Die wirtschaftlichen Verwerfungen in den Vereinigten Staaten und in Großbri-tannien sind viel größer, und ihre Überwindung wird viel länger dauern.« (Issing 2011b) Diese Position eines »Weiter so!« ist in der wirtschaftlichen und politischen Elite allerdings umstritten.

Zwei Beobachtungen drängen sich vier Jahre nach dem Ausbruch der Krise auf:

- Zunächst lag das Epizentrum der Finanzkrise in den USA, weil die US-Ökonomie wegen der massiven Ausweitung der Verschuldung über Hy-potheckenkredite besonders betroffen war. Die Hauspreise sind nach lan-gem Anstieg in den USA seit dem Höhepunkt 2006 mittlerweile um ca. 40% gefallen.
- Beim zweiten Umschlag von einer Schulden- in eine Bankenkrise hat sich das Epizentrum an die Peripherie Europas verlagert.

Die augenscheinliche Herrschaft der Finanzmärkte über die Politik ist nicht der Ausgangspunkt, sondern die Folge oder Zwischentappe in einer anhal-

tenden Verkettung von Krisen. Wir müssen uns dabei die Entwicklung der Vermögenspreise ansehen, die der hohen Verschuldung und dem Machtgewinn von Banken und Fonds vorausgeht.

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler griff im April 2010 die entstandene Konstellation in drei Punkten im Namen eines führenden Vertreters der politischen Klasse frontal an:

1. Er kam auf seine Einschätzung der Finanzmärkte als »Monster« zurück. Zwei Jahre zuvor hatte Köhler vor der Destabilisierung ganzer Staaten und Gesellschaften gewarnt.
2. Der »Pumpkapitalismus« untergrabe die demokratische Ordnung der westlichen Staaten. Ohne eine straffe internationale Regulierung könne sich eine solche Finanzkrise wiederholen.
3. Köhler warf der Politik indirekt vor, sich zu stark den Lobbyinteressen zu beugen. »Die internationale Finanzindustrie und ihre Lobbyisten lassen offensichtlich nichts unversucht, um verabredete Maßnahmen zu verwässern. Zugleich geht das Wetten weiter, es bauen sich schon wieder neue Finanzblasen auf.«⁶

Die kritische Haltung gegenüber den Machtansprüchen der Finanzmärkte und die Ankündigung umfassender Regulierungen hat die Krisenkaskade nicht unterbrechen können. Eineinhalb Jahre nach Köhler griff Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Zusammenhang mit der Einbringung des Bundeshaushaltes 2012 die von Köhler gebrauchte Metapher auf und forderte die »mentale Abkehr« vom »extremem Pumpkapitalismus« der Vergangenheit.⁷ In den letzten 40 Jahren hätten sich die westlichen Industrienationen nahezu ausschließlich darauf konzentriert, Rezessionen zu verhindern. Infolge dieser Politik sei auch in Deutschland die Verschuldung auf zwei Bio. Euro angestiegen. Ein solches Verhalten habe weltweit zu einer »Aufblähung der öffentlichen Haushalte« und zu einem Vertrauensverlust in die Fähigkeiten der Politik geführt. Das Übermaß der Verschuldung sei eine der Hauptursachen für die »krisenhafte Zuspitzung« auf den Finanzmärkten.

Diese kritische Bewertung der Grundstrukturen von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der zurückliegenden Jahrzehnte durch Exponenten der politischen und wirtschaftlichen Elite provozierte die »Neue Zürcher Zeitung« zu folgendem Kommentar: »War Kapitalismuskritik bisher das natürliche ideologische Rüstzeug der Linken, so hat sie unterdessen liberale und konservative Zirkel erreicht. Die Demokratie sei in die Hände von Bankern, Me-

⁶ Vgl. exemplarisch den Bericht über den »Pumpkapitalismus« im Handelsblatt vom 29.4.2010.

⁷ Vgl. dazu Welt Online vom 6.9.2011.

dienmoguln und anderen Großkapitalisten gefallen, klagte der den Tories nahestehende ›Telegraph‹ in London. Die ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹ machte tiefe Selbstzweifel im Bürgertum aus, und der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble verdamnte vor dem Bundestag in Anlehnung an Ralf Dahrendorf den Schuldenberge auftürmenden ›Pumpkapitalismus‹ und die ›Kurzatmigkeit ökonomischen Handelns‹. Seit Finanzkrise und Euro-Debakel greift auch in staatstragenden Kreisen die Angst um sich, das Gift einer entfesselten Wirtschaft zersetze das moralische Fundament der Gesellschaft. Als Hauptschuldige für diese Entwicklung stehen die hypernervösen, von der Gier der Spekulanten angetriebenen Finanzmärkte am Pranger. Die Ökonomie, so wird kritisiert, entmachtet die Politik. Der Staat dankt ab und überlässt das Feld den Geschäftemachern.« (NZZ vom 8.10.2011: 1)

Drei Argumente werden in dem Leitartikel gegen die These von der Versklavung von Gesellschaft und Politik durch die Finanzmärkte gestellt:

1. Die ominösen Märkte, die Rating-Agenturen und die anderen Angegriffenen hätten die Politik nicht vor sich hergetrieben, sondern deren Spiel erstaunlich lange mitgemacht. Seit langem sei beispielsweise die unzureichende Werthaltigkeit der Staatsanleihen aus Griechenland, Spanien und Italien ein offenes Gesprächsthema.
2. Die Märkte hätten den Bekundungen der Politik länger vertraut, als dies ökonomisch vertretbar war. Dabei mag die Erwartung eine Rolle gespielt haben, die SteuerzahlerInnen würden am Schluss alle Rechnungen begleichen. Nicht weniger von Bedeutung war indes, dass die Akteure auf den Finanzmärkten offensichtlich an die Gestaltungsmacht der Politik glaubten.
3. Vier Jahre nach Ausbruch der Großen Wirtschaftskrise zeige sich, dass die Politik ihre Zusagen nicht einhalten könne. Sie habe keinen Masterplan für die Zukunft Europas und die grundlegende Reformierung der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften.

Die Macht der Finanzmarktakteure und Börsen motiviert mittlerweile auch einen spontanen breiten Protest. In der Bewegung »Occupy Wall Street« (OWS)⁸ sammeln sich BürgerInnen, die aufgebracht über Willkür und Macht der Finanzindustrie sind. Hinter der von New York und den USA auf andere Städte und Länder ausgreifenden Protestbewegung steckt die Einschätzung, dass mit den Banken gerade jene Unternehmen mit vielen Milliarden gestützt werden, die schon vor wenigen Jahren mit massiven öffentlichen Unterstützungsprogrammen vor der Insolvenz bewahrt wurden. Die Kritik und zaghafte An-

⁸ Vgl. dazu Redaktion Sozialismus 2011.

sätze zur Regulierung haben weder die persönliche Bereicherung (Gehälter und Boni) noch die Risikokultur spürbar verändern können.

Ziel der Bewegung ist es, die Ausbeutung der Gemeinwesen durch die Finanzmafia, durch die Zocker, durch die oberen Zehntausend zu beenden. Die Diktatur der Finanzinstitute müsse beendet werden. Dazu bedürfe es weitgehender Veränderungen der ökonomischen Bedingungen, gerade im Bereich des Eigentums bei großen Banken, aber auch bei großen Konzernen. Politisches Handeln gegen die Herrschaft der Finanzmärkte könne verdeutlichen, dass Wirtschaft für die BürgerInnen da zu sein habe und nicht umgekehrt.

Angesichts dieser Konstellation soll im Folgenden untersucht werden, wie der Kapitalismus in die Falle der Schulden- und Kreditökonomie hineingeriet und wie sich die Herrschaft der Finanzmärkte darstellt. Nicht minder spannend ist die Suche nach Antworten auf die Frage, was zur Aufhebung der Schuldenfalle unternommen werden kann. Wenn das Übermaß der Verschuldung eine der Hauptursachen für die »krisenhafte Zuspitzung« auf den Finanzmärkten ist und die entwickelten kapitalistischen Metropolen wegen des in den letzten Jahren praktizierten »Weiter so!« jetzt wiederum vor einem Systemcrash des globalen Finanzsystems stehen, dann ist ein Ausweg nicht einfach zu haben.

Mag sein, dass sich ein Teil der Länder durch einen harten Konsolidierungskurs aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten lösen kann, aber ob dieses Hilfsmittel von allen überschuldeten privaten und öffentlichen Haushalten eingesetzt werden kann, ohne den Absturz der globalen Finanzordnung zu riskieren, ist noch zu klären.

Die Frage nach dem Ausweg nimmt auch der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof (Kirchhof 2011) auf. Die Bewertung einer wachsenden Abhängigkeit des Staates und eine Tendenz zur Entdemokratisierung scheinen ihm unstrittig: »Je höher der Staat verschuldet ist, desto mehr sucht er, alte Schulden zu verlängern und neue Kredite zu erhalten. Dadurch gerät er in Abhängigkeit von den Kreditgebern.« Dies laufe auf einen Legitimationsverlust hinaus, weil sich die Entscheidung über die öffentlichen Finanzen vom Parlament und der Regierung zu den Finanzmärkten verschiebe. In der öffentlichen Debatte sei diese These von der wachsenden Abhängigkeit des Staates von den Finanzmärkten weithin akzeptiert, aber aus der vorhandenen Empörung resultierten keine »verantwortlichen Vorschläge für eine bessere Welt«. Der Grundkonflikt bei der Tendenz zur wachsenden Schuldenaufnahme liege in einem aufgebrochenen Verhältnis von erwarteten öffentlichen Leistungen und Steuereinnahmen. »Die Menschen erwarten vom Staat mehr Leistungen, als ihm nach seiner steuerlichen Finanzausstattung

möglich sind... Die Demokratie finanziert Staatsleistungen durch Schulden, gibt der Gegenwart mehr als ihr gebührt, belastet dafür aber die nachfolgende Generation mit Zins- und Tilgungspflichten.« Dieser Weg zur Finanzierung öffentlicher Leistung müsse beendet werden. »Wenn der Staat auf die Neuverschuldung verzichtet und zusätzlich die Kraft entwickelt, Altschulden energisch abzubauen, schwindet seine Abhängigkeit vom Finanzmarkt.«

Kirchhof räumt ein, dass die anhaltende Unzufriedenheit der BürgerInnen ein Störungsmoment bleibt. Die Frage, ob eine Veränderung nicht auch durch eine veränderte Steuerstruktur und einen verbesserten Steuervollzug eingeleitet werden kann, wird bei Kirchhof ausgeblendet. Gleichermäßen wird in diesem »großen Wurf«, der flüchtige Tagesantworten vermeidet, nicht geklärt, welche öffentlichen Dienstleistungen unverzichtbar sind und welche Konsequenzen der Übergang zu einer Schuldenbremse – d.h. der Verzicht auf Neuverschuldung – ökonomisch und sozial haben wird.

Als Schlüsselrezept zur Anpassung der überzogenen Ausgaben an die geringeren Einnahmen gilt gemeinhin das »Sparen«. Ausgaben zu kürzen und – soweit möglich – mehr Steuern einzutreiben, ist die vorrangige Strategie zur Krisenlösung. Ausgeblendet bleibt, dass durch diese Politik die gesellschaftliche Nachfrage und damit die Konjunktur gefährdet werden. Ohne nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann es keinen Schuldenabbau geben. Für Länder mit eigenständiger Währung wird als Königsweg eine Abwertungspolitik empfohlen, durch die die Wettbewerbsfähigkeit infolge der Absenkung der Lebensstandards wieder gewonnen werden soll. Im Falle einer Einbindung in ein Währungssystem wird eine »reale Abwertung« nahegelegt. Wenn keine flexiblen Wechselkurse in Anspruch genommen werden können, müsse die Anpassung durch Lohnkürzungen und Produktivitätssteigerung eingeleitet sowie durch Kürzung öffentlicher Leistungen und eine Flexibilisierung der Märkte verstärkt werden.

Fassen wir die wesentlichen Aspekte des Problemaufrisses zusammen:

- Die internationale Vernetzung der Finanzmärkte führt zur finanziellen Globalisierung und einer massiven Ausweitung der Finanzsphäre.
- Der schockartige Verlust an Werthaltigkeit von Krediten oder Vermögenspreisen deckt eine Überschuldung von privaten und öffentlichen Institutionen auf.
- Die nachfolgende Krise des Banken- und Finanzsystems nimmt systemischen Charakter an.
- Die Wiedergewinnung der Fähigkeit, Schulden tragen zu können, hängt entscheidend an der Stabilisierung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Zinslast.

Was sind die gesellschaftlichen Hintergründe für diese Entwicklung der Überschuldung? Fakt ist, dass die finanzielle Globalisierung zu einer relativen Verselbständigung der Finanzsphäre geführt hat. Beim Aufkommen von Krisensymptomen ist die Abhängigkeit und Getriebenheit der Politik offenkundig. Die sozialen Folgen springen in die Augen, soweit die SteuerzahlerInnen bzw. die breiten Bevölkerungsschichten durch Abstriche von Lohn- oder Sozialeinkommen sowie vom Lebensstandard für die von den Finanzmarktakteuren angerichteten Kosten gerade stehen sollen. Und den Krisen eilt ein starker Anstieg der Vermögenspreise voraus, die Schuldner (Staaten, Unternehmen und private Haushalte) sind somit in den Herrschaftszusammenhang eingebunden.

Die Dominanz der Finanzmärkte und ihrer Akteure über die selbst durch ökonomische Macht geprägte Unternehmenswirtschaft muss zurückgedrängt werden. Statt Alchimisten und Zockern mit Spekulationsgeschäften sowie einem unverantwortlichen Investmentbanking die Tore offenzuhalten, gilt es, die dienende Funktion der Banken zurückzugewinnen und auf diese Weise eine Überwindung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu erreichen.⁹

⁹ Vgl. dazu Karl Marx, MEW 25: 416 »Allgemein ausgedrückt besteht das Bankiergeschäft ... darin, das verleihbare Geldkapital in seiner Hand zu großen Massen zu konzentrieren, so dass statt des einzelnen Geldverleihers die Bankiers als Repräsentanten aller Geldverleiher den industriellen und kommerziellen Kapitalisten gegenübertreten. Sie werden die allgemeinen Verwalter des Geldkapitals.«